

der Arbeitszeit den wirtschaftlichen Erfordernissen des Handwerks durch Erlass ausreichender Ausnahmegesetzungen, Übergangsvorschriften und Ausführungsbestimmungen, insbesondere in bezug auf die Lehrlingshaltung, Rechnung getragen werden.

Deutsches Reich.

In den Friedensverhandlungen. Wilson und Versailles.

Telegramm anlässlich der Friedenskonferenz nach Versailles an den Reichspräsidenten.

Paris, 6. Mai 1919.

Man hat Zeit in Versailles. Die Vorlage der Bedingungen verzögert sich von Tag zu Tag, und es ist ziemlich unerfindlich, warum man die deutsche Abordnung am 29. April in Versailles erwartet hat, wenn man nicht in der Lage ist, ihr vor dem 7. Mai - das scheint mir der früheste Termin - die Bedingungen, die den Grund ihrer Abreise bilden, mitzuteilen. Vielleicht wollte man den vertrauensvollen Mitgliedern der Delegation, ganz gleich, ob sie zu den Friedensbeauftragten, den Hochleuten oder angegliederten Presse gehören, den Beweis liefern, daß es gefährlich und unpolitisch war, Vertrauen in dieser Konferenz nach Versailles mitzubringen, vielleicht wollte man beweisen, daß dies offizielle Frankreich nichts vergessen und nichts zugeleitet hat, daß man auch bei großen Ereignissen feine Mittel liebt und daß der drohende Regen der Geschichte, der an nahen Abgründen vorbei das Schicksal der Welt trägt, von Frankreich für ein Gespann der alten Staatskutschen gehalten wird, mit einem grinsenden Bedienten auf dem atmenden Wagenbrett. Es wäre nicht nötig gewesen, dies alles zu beweisen, die französischen Zeitungen kann man auch in Berlin lesen, und mit Menschen der Bülte, die mit uns im Kriege lagen, kommt man dank der sorgfältigen Anordnung der französischen Regierung nicht in Verührung. Ich habe es für unnötig, diese Anordnungen zu mißbilligen, sie werden Frankreich mehr diskreditieren als die deutsche Delegation, die ihnen unterworfen ist. Nicht für den Augenblick vielleicht, aber die Dinge, die hier geschehen, gelten über die kleinen Eitelkeiten und Schmerzen des Tages hinaus: es ist sehr niederdrückend und schmerzhaft, in Versailles ein Deutscher zu sein, aber es wird sehr wenig ehrenvoll und eine schreckliche Last sein, zu den Franzosen zu gehören, die eine Verantwortung für diese Tage von Versailles tragen.

Aber diese französischen Dinge nehmen zu viel Raum in dieser Warteseite ein. Man ist, denke ich, gekommen, um über einen Weltfrieden zu unterhandeln. Es scheint ja kaum zweifelhaft, daß Amerika den Krieg materiell, militärisch und durch die Wirkung der Propaganda Wilsons entschieden hat. Ich habe bisher mit einem einzigen Amerikaner in Versailles gesprochen. . . Doch es ist viel Zeit in Versailles und auf einer der Bänke gegenüber dem Bassin de Neptune, von dessen Rand die Meerestöchter von Bouchardon in das kühle Wasser sinken, ist es unbenommen, in diesen Tagen vor der Entscheidung in den Neben Wilsons zu lesen. Es ist eine sehr lehrreiche Lektüre, zu der die fernen Hammerschläge der französischen Arbeiter, die den Stacheltrakt "zum Schutze" der Deutschen ziehen, eine Beleitmusik machen. Anrede im Senat am 4. Dezember 1917. "Wir haben kein Unrecht gegen das Deutsche Reich vor und keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten." Aus den ersten der 14 Punkte (8. Januar 1918) . . . und die Diplomatie soll ihr Geschäft vor aller Augen treiben! Es ist sicher, daß der Neptun über den kühlen Wassern in diesem Augenblick lächelt. Anrede an den Konvent, 11. Februar 1918. "Jeder Teil des endgültigen Vertrages muß auch für jeden besonderen Fall auf Gerechtigkeit beruhen und eine so gerechte Lösung der Streitfrage darstellen, daß die Friedensdauer verbürgt ist. 2. Völker und Länder dürfen nicht wie Waren oder Schachspielsteine aus Gebietshoheit in Gebietshoheit geklopft werden, auch nicht in dem hohen, nun für ewig in Verzug getanen Spiel um Gleichgewicht der Mächte." Ich sagte, es gibt keine merkwürdigere Lektüre im Park von Versailles als diese Reden, doch sie haben auch den Fehler der Länge. Nur ein Satz aus der Rede in Baltimore am 6. April 1918 sei noch zitiert: "Wir sind bereit, bei der Endabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit dem Deutschen Reich ebenso redlich wie mit allen anderen zu verfahren. . . Wenn wir Deutschland jemals etwas anderes als Gerechtigkeit zuteil werden lassen, mag der Krieg ausgehen wie er will, würden wir unsere eigne Sache verleugnen und entehren. Darum fordern wir nichts, was wir nicht bereitwillig auch gewähren wollen." Die Brunnensfiguren Ludwigs XV. werden mehr Verständnis für diese Sätze haben, als die lebenden und regierenden Franzosen, und Versailles wird mit Stacheltrakt gegen die Vernunft der Welt abgeschlossen. Rolf Brandt

Die Vorkehrungen für die Abreise der Friedensvertragsdelegation.

Paris, 6. Mai. Wilson, Lloyd George und Clemenceau versammelten sich Montag nachmittag, um sich über die im Trianonpalast zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Beschlüssen Rechenschaft abzulegen. Zur Mittwochsitzung, in welcher der Präliminarienvertrag der deutschen Delegation überreicht werden wird, werden zugelassen die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens mit den Dominions, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens, Brasiliens, Griechenlands, Portugals, Rumaniens, Serbiens und der Tschecho-Slowakischen Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jede der Mächte begleitet sein. Es wurde gleichzeitig beschlossen, daß Vertreter der Presse zugelassen werden und zwar in einer Gesamtzahl von 30 für die Großmächte und die Dominions, 10 für die Mächte mit besonderen Interessen. Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und fünf Zeitungsreportern, vertreten sein. An der Sitzung im Hotel Trianon am 7. Mai werden deutscherseits teilnehmen die sechs deutschen Delegierten, ferner Ministerial-

direktor Simons, Minerialdirektor v. Stöckmann, General v. Ganiel, Legationsrat Koediger und Legationsrat Frhr. v. Ledner, außerdem ein deutscher Stenograph, ein Dolmetscher und fünf Vertreter der Presse. Der französische Botschafter St. Quentin hatte heute eine Zusammenkunft mit dem Legationsrat Frhr. v. Ledner, bei der er ihm die richtig befundenen russischen Vollmachten zurückgab. Morgen vormittag 11 Uhr findet eine erneute Zusammenkunft statt, bei der Frhr. v. Ledner die Vollmacht der Gegner mit den von deutscher Seite zu machenden Bemerkungen übergeben wird. Unter diesen Vollmachten befindet sich auch die heute übergebene italienische Vollmacht. Über die Vorkehrungen für die Abreise der Friedensdelegation berichtet die französische Presse folgende Einzelheiten: Gemäß den von Clemenceau, Wilson und Lloyd George gestern in Versailles persönlich getroffenen Maßnahmen wurde ein großer hülsenförmiger Tisch aufgestellt, an dessen Kopfseite Clemenceau mit Lloyd George zur Rechten und Wilson zur Linken Platz nehmen wird. An der rechten Längsseite werden die französischen Vertreter und Marschall Foch, ferner Engländer, Italiener, Belgier, Brasilianer, Portugiesen und Serben, an der linken Längsseite die Amerikaner, die Vertreter der englischen Dominions, Japaner, Rumänen, Polen und Tschechoslowaken sitzen. Der Kopfseite gegenüber ist ein gesonderter Tisch für die deutsche Abordnung und dahinter ein Tisch für die Sekretäre, Stenographen und Dolmetscher aufgestellt. Weiter hinten ist der Platz für die Journalisten aller Nationen. Die Feierlichkeit selbst soll laut "Echo de Paris" ziemlich kurz sein. Punkt 3 Uhr müssen die Vertreter der Verbündeten auf ihren Plätzen sein. Sodann wird Oberst Henry die deutschen Bevollmächtigten einführen. Clemenceau wird als Vorsitzender der Konferenz der deutschen Abordnung das Friedensinstrument persönlich überreichen. Vorher wird Clemenceau namens der Alliierten und Assistieren eine Ansprache halten, die etwa 10 Minuten dauern dürfte. Seine Rede wird im Gegensatz zu den diplomatischen Gebräuchen dem Grafen Brodorski-Kanbau im voraus nicht mitgeteilt werden. Ob Graf Brodorski-Kanbau antwortet wird, ist noch ungewiß. Die Eröffnungsfeier wird sodann nach einer Dauer von etwa 20 Minuten geschlossen werden. Ferner will "Echo de Paris" erfahren haben, die Deutschen hätten eine Frist von 14 Tagen, um schriftlich Bemerkungen vorzubringen, sobald man ihre Gegenvorschläge vor dem 22. Mai erwarten dürfe. Man werde den Deutschen kein Hindernis in den Weg legen, falls sie Sendboten an die Regierung nach Berlin zur Prüfung des Vertrages schicken wollten. Die Unterzeichnung des Vertrages sei zwischen dem 3. und 5. Juni zu gewärtigen. Der Text des Friedens mit Deutschland wird den Delegierten der kriegführenden Mächte heute nachmittag am Quai d'Orsay überreicht werden. In letzter Stunde sind laut "Temps" je zwei Delegierte von Sam und China zur Sitzung zugelassen worden. Symons traf heute nachmittag im Flugzeug aus Trüffel ein, um der heutigen Vollziehung der Verbündeten beizuwohnen. Voraussichtlich wird die italienische Delegation in dieser Sitzung gleichfalls vertreten sein. De "Temps" behauptet, daß den deutschen Delegierten so viel Vertrags-Exemplare zugehört werden, wie sie wünschen.

Deutsche Gegenvorschläge.

Berlin, 6. Mai. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht, daß in jedem einzelnen Falle der Friedensverhandlungen, wo es sich als notwendig herausstellen sollte, genau formulierte Gegenvorschläge überreicht werden dürften, die das Höchstmaß der für Deutschland möglichen Zugeständnisse enthalten. Ob die Nachricht in dieser Form zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Indessen legt die große Zahl der Sachverständigen, die in Paris weilen und zu denen in den letzten Tagen noch weitere Herren hinzugezogen wurden, die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die deutsche Delegation nach den Nachrichten, die sie aus der feindlichen Presse über die Friedensverhandlungen schöpft, gewisse Gegenvorschläge ausarbeitet, um sie den gegnerischen Vorschlägen entgegenzusetzen. Auch einzelne englische Pressestimmen lassen erkennen, daß Verhandlungen auf gegnerischer Seite nicht für unmöglich gehalten werden. Ebenso liegen sonstige Anzeichen vor, daß auf deutscher Seite der Eintritt in Verhandlungen erwartet wird.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Versailles.

Paris, 6. Mai. Gestern fand die erste Sitzung der deutschen wirtschaftlichen Kommission für Industrie, Rohstoffe und Blockade mit der Kommission der alliierten und assistierten Regierungen für Rohstoffe statt. Nach Besprechung einiger Details trat man in eine allgemeine Aussprache ein, die morgen früh fortgesetzt werden soll.

Die Nachrichtenvermittlung zwischen Versailles und Berlin.

Berlin, 6. Mai. Da für die Verbindung der Friedensabordnung von Versailles mit Berlin nur zwei Drahtleitungen über Spaa zur Verfügung stehen, die zeitweilig beide völlig verlagern, ist nunmehr funktentelegraphischer Verkehr zwischen den Funkstationen Nauen und Effelturm eröffnet worden. Zur Verhütung des Verkehrs ist die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen durch einen direkten Draht mit der Funkstation Nauen und die deutsche Delegation in Versailles in derselben Weise mit dem Effelturm verbunden. Außerdem sind das Quartier der letzteren ebenso wie die Geschäftsstelle in Berlin mit eigenen Empfangsanlagen versehen, sobald die von den ferneren Großstationen kommenden Funkprüche auch direkt ausgenommen werden können.

Die Auslieferung der deutschen Handelschiffe. Wie der "Vossischen Zeitung" aus Paris berichtet wird, hat die Kommission, die sich mit der Auslieferung der deutschen Handelschiffe befaßt, über das Schicksal der in den Verbandsländern liegenden deutschen Schiffe folgende Entscheidung getroffen: Alle deutschen Schiffe sollen den Staaten zugesprochen werden, in deren Häfen sie sich zur Zeit des Kriegsausbruches befanden haben. Der Wert dieser Schiffe soll von der Entschädigungssumme abge-

rednet werden, die Deutschland an die betreffenden Staaten zu leisten haben wird.

Zur Rückkehr der italienischen Friedensabordnung.

Versailles, 6. Mai. Die bevorstehende Rückkehr der italienischen Delegation nach Paris wird von der französischen Presse mit lebhafter Befriedigung und Erleichterung zur Kenntnis genommen. Die Presse stellt jedoch ausdrücklich fest, daß die Rümerfrage nicht geregelt sei. Laut "Matin" sei Italiens Souveränität über Trieste grundsätzlich anerkannt worden. Dagegen verachtet Italien auf einen Teil seiner Rechte auf das Hinterland Dalmatiens und betrachtet sich als Bevollmächtigter des Völkerbundes für die Verwaltung von Zara und Sebenico. Orlando unterbreitete diesen Vorschlag am Sonnabend abend dem Ministerrat, der erklärte, ihn anzunehmen. "Journal" glaubt, daß man nur von der Versöhnung der Opposition Italiens eine Erleichterung der Lösung erwarten dürfe. "Echo de Paris" stellt ausdrücklich fest, daß Italien zur Bekräftigung der Solidarität des Verbands gegenüber den Deutschen nach Paris zurückkehre und daß nunmehr Frankreich und England energisch auf die Erfüllung des Vertrags von 1915 hinwirken möchten.

Die Verhandlungen mit den früheren Verbündeten Deutschlands.

Rotterdam, 6. Mai. Dr. Dillon telegraphierte u. a. an den "Daily Telegraph", man erwarte von den österreichischen und ungarischen Friedensdelegierten, daß sie die Bedingungen erfahren und ihnen gleich zustimmen werden. Dasselbe gilt für die türkische Delegation. Die Türken werden in der Hauptstadt das Gebiet erhalten, das von ihnen bewohnt ist. Konstantinopel werden die Vereinigten Staaten als Mandatsmacht erhalten.

Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch die Friedenskonferenz.

Amsterdam, 6. Mai. "Algem. Handelsbl." meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz die Unabhängigkeit Finnlands unter gewissen Bedingungen u. a. mit einem Vorbehalt betreffs der finanziellen Verpflichtungen Rußlands anerkannt hat.

Die Beschlüsse des Friedensauschusses der Nationalversammlung.

Berlin, 6. Mai. In der heutigen Sitzung des Friedensauschusses betonten die Redner aller Parteien die Notwendigkeit, mit der russischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Reichsminister Erzberger teilte mit, daß der Gouverneur v. d. Goltz auf dem Wege nach Berlin sei, um der Regierung Bericht über die Vorgänge in Rußland zu erhalten. Die Regierung habe beschlossen, Werbeproskription für die baltische Landwehr in Deutschland nicht mehr zu gestatten. Unterstaatssekretär Frhr. v. Langwerth-Simmern wies darauf hin, daß das Ministerium des Auswärtigen die Vorläufe in Libau im höchsten Maße bedauert habe. Ein Vertreter sei sofort dorthin geschickt worden, um eine Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen sei, zu führen.

Ernennung eines Reichskommissars für die Regelung des Handels und für die Beschaffung von Waren.

Berlin, 7. Mai. Die Blätter begrüßen die Mitteilung, die in der gestrigen Sitzung des Friedensauschusses der Nationalversammlung von Reichsminister Dernburg dahin gemacht wurde, daß es nötig sei, die Fesseln zu lösen, die bisher unseren Außenhandel behindern. Das Kabinett hat beschlossen, einen Reichskommissar für die Regelung des Handels und für die Beschaffung von Waren für den Abzug ins Ausland zu ernennen. Drei Kabinettsmitglieder sollen einen Ausschuß bilden, in dem der Reichswirtschaftsminister den Vorsitz führt und dem der Reichsernährungs- und der Reichsfinanzminister angehören. Der Ausschuß soll mit außerordentlicher Vollmacht ausgerüstet und in der Lage sein, alle etwa auftretenden Widerstände durch einfachen Beschluß zu brechen. Deutschland habe noch Waren genug, die es ausführen könne, und vermöge auch solche Waren neu herzustellen. Der "Vorwärts" meint dazu, eine Verbesserung der Organisation des Verkehrs der Exporteure als auch von dem der Volkswirtschaft aus nur zu begrüßen sein. Die Kontrolle sei notwendig, um eine Sicherung dafür zu schaffen, daß die Erlöse der deutschen Ausfuhr auch in vollem Umfang der Beschlagnahme notwendiger Einfuhr dienlich gemacht werden.

Das Gesetz über die Betriebsräte.

Berlin, 6. Mai. Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte fertig gestellt worden. Die Betriebsräte sollen an die Stelle der Arbeiter- und Angelegenheitsausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt werden. Der Entwurf soll in der nächsten Woche mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Aufhebung des Durchfuhrverbots für Waren von und nach der Schweiz.

Bern, 6. Mai. (Schweizer Depeschagentur.) Laut Mitteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern hat die deutsche Regierung das Durchfuhrverbot für Waren von und nach der Schweiz aufgehoben. Für deutsche Sendungen sind in Zukunft deutsche Durchfuhrbewilligungen nur noch erforderlich, wenn die Waren für Rußland und Polen bestimmt sind, oder wenn es sich um Lebensmittel handelt.

Private Verhandlungen zwischen deutschen und verbündeten Handelsvertretern.

Berlin, 6. Mai. Das Kaliforniat ist vom Reichsminister Erzberger ermächtigt worden, die Verhandlungen in Hamburg über den Export von Kali nach Amerika selbständig und ohne Teilnahme eines amtlichen Vertreters zu führen und Verträge vorbehaltlich seiner Genehmigung abzuschließen. Eine ähnliche Bevollmächtigung zu selbständigen Vertragsabschlüssen über den Export hat das Kaliforniat erhalten. Diese Einschaltung der privaten Verhandlungs- und Vertragsform zur Erzielung von Exporten, die der Beschaffung von Auslandswaren zum Zwecke der Lebensmittellieferung dienen, ist eine grundsätzliche Neuerung, welche der Kaufmannschaft beider Länder zum ersten Male Gelegenheit gibt, Beziehungen anzuknüpfen und Anregungen auszutauschen.